

SYMBADISCHE STIMME

Zeitung für den Landkreis

14-tägig zur Landtagswahl

8. Januar 2021



Foto: Fokussiert / depositphotos.com

Für bezahlbare Mieten müssten jährlich hunderttausende Wohnungen neu gebaut werden

Wohnungsnot made in Germany

Massenzuzug und Klimamaßnahmen machen Wohnungen zur Mangelware

Stuttgart – Berlin

Über Weihnachten konnten wir uns fragen, welche Chancen Josef und Maria heute auf dem Wohnungsmarkt hätten. Würden sie für sich und den Kleinen eine bezahlbare Dreizimmerwohnung finden? Hätte eine aktive Baupolitik in Bethlehem etwas an der Situation verändert? Kann ein dicht besiedeltes Land wie Deutschland die Baugebiete immer wieder ausweiten? Viele Menschen wünschen sich mehr Naturschutzflächen und landwirtschaftliche Stilllegungsflächen für eine intakte Natur. Wo sollen diese Flächen herkommen, wenn immer mehr gebaut werden muss, da die Nachfrage seit 2016 durch den massenhaften Zuzug von Migrant*innen so sprunghaft gestiegen ist?

1,6 Millionen Personen wandern jedes Jahr nach Deutschland ein

Laut Statistischem Bundesamt wandern derzeit 1,6 Millionen Menschen pro Jahr nach Deutschland ein, 1,2 Millionen wandern ab. Es gibt also einen jährlichen Bedarf an Wohnungen für 400.000 Menschen – zusätzlich.

Die Konsequenzen für die Versorgung mit Lebensmitteln, für die Wasserversorgung, die Anzahl der erforderlichen Arbeitsplätze mit entsprechender Wertschöpfung und für den Verkehr kann sich jeder vorstellen.

Dies steht im krassen Gegensatz zu den von der grün-schwarzen Landesregierung und der Bundesregierung proklamierten Ideen wie „Natur und Leben zu achten und zu schützen“.

Gemäß dem Programm der Grünen gilt angeblich: „Veränderung schafft Halt“. Dies ist schon ein Widerspruch in sich und lässt sich nur mit der Um-

erziehung der Bürger, der Verbots-, Beeinflussungs- und Umgestaltungs-ideologie der Grünen halbwegs erklären. Diese Partei will Zufallsbürger, ausgesucht nach willkürlichen Kriterien, an „runden Tischen“ über Kommunalpolitik mitreden lassen statt die demokratisch gewählten Gemeinderäte.

Fortsetzung auf Seite 3

Heute außerdem:

Was Zuwanderer importieren	S. 2 – 3
Der „Green Deal“	S. 4

**Die nächste Ausgabe erscheint am
22. Januar 2021**



Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Flüchtlingsankunft in Deutschland am 5. Oktober 2015

Der nicht bestellte Import

Was Zuwanderer nach Baden-Württemberg bringen

Stuttgart

Wenn Zuwanderer nach Deutschland kommen, bringen sie immer auch ihre Kultur und Lebensweise mit. Das ist ganz normal und muss nichts Schlechtes sein, solange dadurch keine Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung entstehen. Selbstverständlich sollte sein, dass sie sich an unseren Lebensstil anpassen – bestenfalls sogar assimilieren –, wenn sie das Recht erhalten, dauerhaft bei uns zu leben. Keinesfalls werden wir zulassen, dass die Zuwanderer uns ihre Lebensweise oder ihre Religion aufzwingen.

Es gibt aber leider eine erhebliche Zahl an Einwanderern, die nach Deutschland mitbringen, was wir längst überwunden glaubten: Konflik-

te, Krankheiten und kulturelle Eigenarten, die sich mit unserer Art zu leben nicht vertragen.

Mit dieser Veröffentlichung wollen wir die importierten Probleme ansprechen, um sie einer Lösung zuzuführen, die die deutsche Bevölkerung schützt. Diskussionen müssen ohne ideologische Scheuklappen geführt werden,

wenn man ein wirkliches Interesse daran hat, die Ursachen zu identifizieren und abzustellen. Dafür setzt sich die AfD-

Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ein und wird von Vertretern der Altparteien regelmäßig als Hetzer gebrandmarkt.

Aber Wahrheiten zu verschweigen, weil sie politisch nicht bequem sind, ist nicht nur unklug, sondern gefährlich – für unser Gemeinwesen und die Demokratie.

*Wahrheiten
zu verschweigen
ist gefährlich*



Foto: Bigbossfarm / wikimedia / CC BY-SA 4.0

Zusammenrottungen, Gewalt, Randalen, „Allahu akbar“-Rufe und Plünderungen in Stuttgart in der Nacht auf den 21. Juni 2020: Von den Medien als „Eventszene“ und „Nachtschwärmer“ bezeichnete Migranten versetzen die Innenstadt in einen Bürgerkriegszustand. Die Gewalt richtet sich vor allem auch gegen die Ordnungskräfte: Zahlreiche Polizisten werden verletzt.

Durch Zuwanderung importieren wir in unser Land:

1. Hunger und Armut

Immer noch reisen jeden Monat zigtausende Migranten nach Deutschland ein. Die meisten von ihnen haben keinen Asylanspruch und wären nach Ablehnung ihres Antrags umgehend ausreisepflichtig. Sie werden jedoch von konfliktstarken Politikern geduldet und jahrelang versorgt – auf Kosten der steuer- und abgabenzahlenden Bürger.

2. Geschlechterapartheid

Mit Migranten aus Afrika und dem nahen Osten kommen auch religiöse Anschauungen zu uns, die mit westlichen Werten der Aufklärung nichts zu tun haben. Das führt auch bei uns dazu, dass Mädchen und Frauen sich verhüllen müssen als Zeichen der Unterwerfung unter den Mann und der Abgrenzung zur angestammten Bevölkerung. Auch Kinder- und Viehehen werden in Deutschland bereits geduldet, Genitalverstümmelungen nehmen zu.

3. Krieg

Angehörige zugewanderter Volksgruppen tragen ihre Feindseligkeiten in Deutschland aus: Türken und Kurden, Palästinenser gegen Israel. Besonders in deutschen Großstädten mit hohem Migrantenanteil wie Köln, Berlin und Frankfurt kommt es daher regelmäßig zu Unruhen und Bandenkriegen.

4. Rassenfanatismus

Durch die Migration schwappt eine Welle von Hass auf Weiße und Polizisten von Amerika nach Europa. „Black lives matter“ ist keine antirassistische Bewegung. Vandalismus und Plünderungen im Zuge der Demonstrationen zeigen den Rassenhass von Schwarzen gegenüber Weißen. Wir müssen das multikulturelle Experiment sofort beenden, wenn wir auch künftig in Deutschland friedlich leben wollen.

5. Religiöser Fanatismus

Die islamischen Terrorakte auf Charlie Hebdo, auf den Bataclan-Club, in Nizza, auf dem Breitscheidplatz oder auf das Konzert in Manchester zeigen, dass der Islam keine ausschließlich friedliche Religion ist, sondern ihm auch eine hochaggressive Ideologie innewohnt, die statt Integration die Unterwerfung der ganzen Welt zum Ziel hat.

6. Krankheiten

Mit den Zuwanderern kommen auch Krankheiten nach Deutschland. So häufen sich Tuberkulose, Hepatitis und Krankheiten durch Parasiten wie Spulwürmer und Krätzmilben. Zu den hohen Kosten für das deutsche Gesundheitssystem kommt die Gefahr der Verbreitung durch Ansteckung. Und immer wieder stellt sich die Frage: Wie sollen wir das alles bezahlen?

Das Programm Fit4Return der AfD-Fraktion:

Mit „Fit4Return“ hat die Fraktion eine Gesetzesinitiative vorgelegt, die vorsieht,

- Anreize für ein Einwandern nach Deutschland zu senken
- illegale Migranten sofort in ihre Heimatländer oder in kulturnahe Schutzzonen zurückzubringen und
- alle Zuwanderer, die einen vorübergehenden Schutzstatus, aber keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhalten, in ihrer Muttersprache zu unterrichten und auszubilden – und zwar in den Fähigkeiten, die sie in ihrem Heimatland benötigen.

Dass Asylbewerber bereits nach acht Jahren (teils schon nach sechs Jahren) eingebürgert werden können – und das Wahlrecht in Deutschland erhalten –, muss ebenfalls geändert werden.

Fortsetzung von Seite 1

Die Landesregierung spricht gerne vom Leben in Wohnquartieren und die EnBW propagiert in ihrem Magazin „Kommplus, Sonderausgabe für Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ das neue Leben: klimaneutral, CO₂-frei und mit Elektromobil. Dabei wird geflissentlich übersehen, aber in den eigenen Informationen mitgeteilt, dass eine Stromversorgung ohne Kohlekraftwerke nicht möglich ist. Wen wundert es, denn die erneuerbaren Energien werden laut EnBW bei Dunkelheit oder Flaute nicht genug Strom liefern. Eine wahrhaft

Wir wollen Grundsteuer und Grunderwerbsteuer abschaffen

bahnbrechende Erkenntnis. Ebenso haben einige Energieversorger in den letzten Wochen darauf hingewiesen, dass Stromabschaltungen für private Haushalte erforderlich sind, wenn die Anzahl der Elektroautos weiterhin zunimmt. Die schöne neue Öko-Welt erwartet uns.

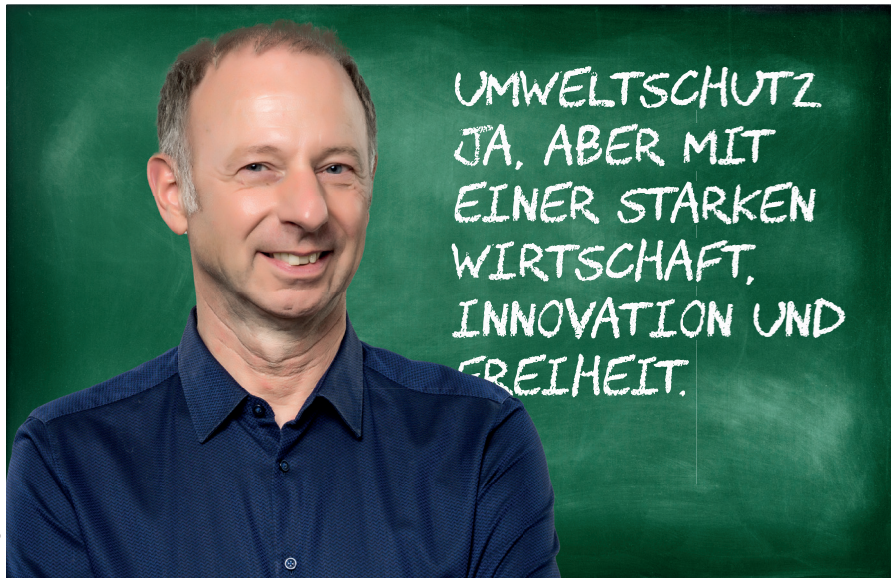
Ich stehe mit der Alternative für Deutschland für eine deutliche Begrenzung der Einwanderung, eine starke Förderung der deutschen Familien, für hohe Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum und eine sinnvolle Entwicklung unserer Städte. Zunächst müssen die Innenstädte saniert und wieder lebenswert gemacht werden.

Dazu gehört eine vernünftige individuelle Mobilität.

Die Automobilindustrie, Deutschlands industrielles Flaggschiff, muss erhalten bleiben und damit die Existenzgrundlage vieler Familien. Damit der Bau eines Eigenheims finanzierbar bleibt, sind radikale Entbürokratisierung bezüglich der Bauvorschriften und günstige Finanzierungen erforderlich. Dies ist möglich, wenn die Steuerlast wieder auf ein erträgliches Maß gesenkt wird und die Grundsteuer ebenso wie die Grunderwerbsteuer endlich abgeschafft werden.

Ich lade Sie zum Nachdenken über diese Themen ein. Bedenken Sie sie bei der Landtagswahl am 14. März 2021.

Dr. Rainer Balzer



Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter seit 2016

Der Erfolg der AfD-Fraktion im Landtag:

Wir waren die einzige Partei, die den Green Deal mit dem dazugehörigen EU-Dokument in der Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am 6. Februar 2020 abgelehnt hat. Alle anderen Parlamentarier haben zugestimmt.

Der Green Deal – ein schlechtes Geschäft

Der grüne Klimaplan der EU kommt uns teuer zu stehen

Stuttgart – Brüssel

Mit dem „Green Deal“ sollen die Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union bis 2050 auf Null reduziert werden. Das wird unsere Wirtschaft massivst belasten, jedoch den Umweltschutz nicht verbessern. Auf der Agenda stehen enorme Aufwendungen für den Ersatz konventioneller Heizungsanlagen, hohe Ausgaben für den angeblichen Klimaschutz, die Reduktion des Individualverkehrs und die Verkleinerung der Ersparnisse der deutschen Bürger durch die Niedrigzinspolitik der EZB.

Die Corona-Verordnungen sind dabei ein Brandbeschleuniger und Sündenbock zugleich für vorausgegangene jahrzehntelange Misswirtschaft. Die Alternative für Deutschland lehnt den Green Deal der EU ab. Die EU, die Landesregierung, alle Fraktionen im Landtag – außer der AfD – wollen Verbote und Bürokratie, Kontrollen, Strafen, neue Steuern und Gebühren. Denn CO₂ entsteht immer und überall.

Wir wollen aufklären, was sich hinter dem grünen Deal verbirgt: Kosten, die Sie tragen werden, der Arbeitsplatz, den Sie verlieren werden und die Lebensqualität, die Ihnen verlorengeht.

Konkret sieht der Green Deal vor:

- **Renovierungspflicht** für Häuser: jedes zweite Haus innerhalb von 20 Jahren. Da entstehen leicht 100.000 Euro und mehr Kosten. Raumklima? Brandschutz? Egal. Hauptsache emissionsneutral.
- **CO₂-Bepreisung** von Wirtschaft und Gesellschaft, emissionsneutrale Wertschöpfungsketten. Die Folgen: Regulierung, Kontrolle, Besteuerung, Verbote für Wirtschaft und Gesellschaft. Gigantische Bürokratie. Unabsehbare Kosten und Nachteile.
- **Verkehrsbedingte Emissionen** bis 2050 um 90 % senken. Ab 2025 Regulierung zu emissionsfreier Mobilität. Das heißt: Fahrverbote für Diesel und Benziner, eine CO₂-Steuer für Autofahrer.
- **Straßennutzungsgebühren:** Mehrkosten für alle Autofahrer sind vorprogrammiert!
- **Emissionsfreie Stromerzeugung:** also weiter explodierende Stromkosten. Und natürlich eine sinkende Versorgungssicherheit.

Die AfD-Fraktion will Umweltschutz durch eine starke Wirtschaft, durch Freiheit und Innovation. So wird Fortschritt geschaffen, nicht durch Bevormundung. Deshalb lehnen wir den grünen Deal ab und setzen uns mit unserer parlamentarischen Arbeit durch Anträge und Gesetzesinitiativen für eine tatsächlich bürgernahe und fortschrittliche Wirtschafts- und Umweltpolitik ein.

Informieren Sie sich auf dieser Webseite über den Inhalt des grünen Deals: www.fürbw.de/green-deal

Impressum:

Dr. Rainer Balzer MdL
76669 Bad Schönborn
im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart
0711 2063-5612
rainer.balzer@afd-bw.de

